**Satzung des**

**Kleingartenvereins**

**§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr**

Der Verein führt den Namen Kleingartenverein „…………………………….“ und hat seinen Sitz in……….. Er ist Mitglied des Verbandes der Gartenfreunde Mansfelder Land – Eisleben e.V. und ist im Vereinsregister des Registergerichtes Stendal unter der Nr. ………. eingetragen. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

**§ 2 Zweck und Ziel**

1. Der Verein organisiert in Übereinstimmung mit dem Bundeskleingartengesetz die Nutzung von Kleingärten durch ihre Mitglieder als gemeinnützige Tätigkeit und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung „steuerbegünstigte Zwecke“. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

2. Er setzt sich für die Erhaltung der Gartenanlagen ein und fördert ihre Ausgestaltung. Die Mitglieder des Vereins leisten einen wirksamen Beitrag für mehr Grün in der Stadt und verbessern mit ihrer Arbeit das ökologische Klima.

3. Der Verein fördert das Interesse der Mitglieder zur sinnvollen, ökologisch orientierten Nutzung des Bodens, für die Pflege und den Schutz der natürlichen Umwelt und der Landschaft. Er setzt sich für Dauernutzung im Rahmen der demografischen Entwicklung ein. Die Tätigkeit der Mitglieder dient der Förderung der Gesundheit durch körperlichen Bewegungsausgleich.

4. Der Verein schließt mit den Mietgliedern im Auftrag des …….….. Verbandes Unterpachtverträge ab.

5. Die Mitglieder des Vereins werden grundsätzlich ehrenamtlich tätig, über Ausnahmen beschließt die Mitgliederversammlung. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Ausnahmeregelungen zur Entschädigung für besondere Aufwendungen beschließt die Mitgliederversammlung. Er darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

**§ 3 Mitgliedschaft**

1. Mitglied des Vereins kann jeder Bürger werden, der das 18. Lebensjahr vollendet und seinen Wohnsitz in Sachsen / Anhalt in der Bundesrepublik Deutschland hat.

2. Die Aufnahme als Mitglied in den Verein ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen. Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme. Die Ablehnung bedarf keiner Begründung. Im Falle der Ablehnung ist der Antrag der Mitgliederversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Die Entscheidung der Mitgliederversammlung ist endgültig.

3. Die Mitgliedschaft beginnt nach Zahlung der Aufnahmegebühr. Mit der Aufnahme erkennt der Antragsteller die Bestimmungen der Satzung, der Beitragsordnung und der Gartenordnung an.

4. Die Mitgliederversammlung kann einzelne, hervorragende Mitglieder, die besondere Leistungen für die Entwicklung des Kleingartenwesens erbracht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen. Ehrenmitglieder sind von der Beitragszahlung und der Leistung von Pflichtstunden befreit.

**§ 4 Rechte der Mitglieder**

1. Alle Mitglieder haben gleiche Rechte und Pflichten. Die Mitgliedschaft ist persönlich. Sie ist nicht vererblich und nicht übertragbar. Neben Kleingartennutzern, mit denen ein Pachtvertrag abgeschlossen wurde, können Bürger, die sich um den Verein oder das Kleingartenwesen verdient gemacht haben bzw. dessen Förderung anstreben, Mitglieder sein.

2. Jedes Mitglied ist berechtigt:

 a) sich am Vereinsleben zu beteiligen,

 b) an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen,

 c) alle vereinseigenen Einrichtungen zu nutzen und einen Antrag zur Nutzung eines Kleingartens

 zu stellen,

 d) nach Maßgabe dieser Satzung können Mitglieder Anträge an die Mitgliederversammlung

 einreichen sowie an der Beschlussfassung mitwirken.

**§ 5 Pflichten der Mitglieder**

1. Jedes Mitglied ist verpflichtet:

 a) diese Satzung, den abgeschlossenen Kleingartennutzungsvertrag und die Gartenordnung

 einzuhalten und nach diesen Grundsätzen sich innerhalb des Vereins kleingärtnerisch

 betätigen,

 b) Beschlüsse des Vereins anzuerkennen und aktiv für deren Erfüllung zu wirken,

 c) die von der Mitgliederversammlung beschlossenen Mitgliedsbeiträge, Umlagen sowie andere

 finanzielle Verpflichtungen, die sich aus dem Pachtverhältnis einer Kleingartenparzelle

 ergeben, innerhalb der festgelegten Frist zu entrichten. Das gilt auch für die Bezahlung des

 nachgewiesenen Verbrauches an wasser und Elektroenergie einschließlich der

 Verbrauchspauschale für das jeweils laufende Jahr,

 d) für nicht rechtzeitig geleistete Zahlungen können von der Mitgliederversammlung

 Säumniszuschläge beschlossen werden,

 e) die von der Mitgliederversammlung beschlossene Gemeinschaftsleistung zu erbringen. Die

 Bestellung einer Ersatzkraft ist möglich. Für nicht geleistete Gemeinschaftsarbeit ist der von

 der Mitgliederversammlung beschlossene Ersatzbetrag zu entrichten,

 f) für jede beabsichtigte Baumaßnahme einen Antrag schriftlich mit einer zeichnerischen

 Darstellung einzureichen, der die Zustimmung des Vorstandes erfordert,

 g) mit dem Bau, der Erweiterung oder Veränderung von Bauten oder baulichen Anlagen erst dann

 zu beginnen, wenn dazu die Zustimmung des Vorstandes schriftlich vorliegt,

 h) die Nutzung der Lauben als Dauerwohnraum sowie jede Art der gewerblichen Nutzung

 innerhalb des gepachteten Kleingartens ist zu unterlassen,

 i) bei Wohnungswechsel hat das jeweilige Mitglied die Änderung seiner Anschrift unverzüglich

 dem Vorstand mitzuteilen,

 j) an Mitgliederversammlungen teilzunehmen.

**2. Ehrenmitglieder sind von der Verpflichtung zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge und Umlagen befreit. Sie brauen keine Gemeinschaftsarbeit zu erbringen.**

**§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft**

1. Die Mitgliedschaft endet durch:

* schriftliche Austrittserklärung
* Ausschluss
* Tod
* die Auflösung des Vereins
* Streichung von der Mitgliederliste

2. Die Beendigung der Mitgliedschaft muss schriftlich erklärt werden. Sie ist mit einer Frist von 6 Monaten bis zum 31.12. eines jeden Jahres möglich.

3. Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es

* schuldhaft die ihm auf Grund der Satzung der Kleingartenordnung oder Mitgliedsbeschlüssen obliegenden Pflichten verletzt,
* durch sein Verhalten schuldhaft das Ansehen oder die Interessen des Vereins in grober weise schädigt oder sich schuldhaft gegenüber anderen Mitgliedern des Vereins gewissenlos verhält,
* mit der Zahlung von Umlagen oder sonstigen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Verein im Rückstand ist und trotz schriftlicher Mahnung nicht innerhalb von der vorgegebenen Frist seinen Verpflichtungen nachkommt ,
* seine Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft oder aus der Nutzung des Kleingartens auf Dritte überträgt oder
* bauliche Veränderungen jeglicher Art ohne Genehmigung des Vorstandes vornimmt.

4. Über einen Ausschluss entscheidet der Vorstand in einer Vorstandssitzung. Das auszuschließende Mitglied ist dazu 2 Wochen vorher schriftlich einzuladen. Die Gründe des beabsichtigten Ausschlusses sind dem Mitglied mitzuteilen. Der Beschluss ist dem Mitglied schriftlich bekannt zu geben.

5. Gegen den Ausschließungsbeschluss steht dem betroffenen Mitglied das Rechtsmittel der Beschwerde zu. Sie ist zu begründen. Die Begründung ist innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zustellung der Entscheidung schriftlich an den Vorstand zu richten. Hilft der Vorstand der Beschwerde nicht ab, so hat er diese der nächsten Mitgliederversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Bis zur Entscheidung der Mitgliederversammlung über den Ausschluss ruhen die Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft. Der Weg zu den ordentlichen Gerichten ist bis zur Entscheidung der Mitgliederversammlung unzulässig.

6. Mit Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, unbeschadet des Anspruches des Vereins auf rückständige finanzielle Forderungen. Eine Rückgewähr von Beiträgen, Sacheinlagen oder Spenden ist ausgeschlossen. Alle finanziellen und sonstigen Verpflichtungen sind bis zum Tage der Beendigung der Mitgliedschaft zu erfüllen.

7. Eine Streichung von der Mitgliederliste kann auf Beschluss des Vorstandes, welcher dem Mitglied nicht zugestellt wird, erfolgen, wenn

* das Mitglied seinen Wohnsitz um mehr als 250 km vom Sitz des Vereins verlegt,
* das Mitglied mit zwei fortlaufenden Beiträgen im Rückstand ist und diese Beiträge auch nach schriftlicher Mahnung durch den Vorstand nicht innerhalb von 2 Monaten von der Absendung der Mahnung an vollständig entrichtet.

8. In der Mahnung muss auf die bevorstehende Streichung hingewiesen werden. Die Mahnung ist auch wirksam zugestellt, wenn die Sendung als unzustellbar zurückkommt, sie aber an die letzte bekannte Adresse des Mitglieds gerichtet wurde.

**§ 7 Organe des Vereins**

1. Organe des Vereins sind:

* die Mitgliederversammlung
* der Vorstand

**§ 8 Die Mitgliederversammlung**

1. Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins. Sie ist vom Vorstand mindestens einmal im Jahr als Jahreshauptversammlung oder wenn es die Belange des Vereins erfordern, einzuberufen. Sie ist ferner unverzüglich einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder die Einberufung schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen.

2. Die Mitgliederversammlung wird durch den Vorsitzenden oder den Stellvertreter einberufen. Die Einladung mit Angabe der Tagesordnung hat durch Aushang in den Schaukästen auf den Hauptwegen der Kleingartenanlage, mit einer Frist von vierzehn Tagen zu erfolgen. Teilnahmeberechtigt sind nur Mitglieder.

3. Anträge zur Tagesordnung können 7 Tage vor dem Termin der Versammlung schriftlich beim Vorstand eingereicht werden. Über Anträge, die erst nach Ablauf der 7 Tagefrist oder in der Mitgliederversammlung gestellt werden, darf nur beschlossen werden, wenn 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten dem zustimmen.

4. Die Leitung der Mitgliederversammlung obliegt dem Vorsitzenden, im Fall seiner Abwesenheit seinem Stellvertreter oder einem von der Mitgliederversammlung gewählten Versammlungsleiter.

5. Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig. Sie entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder, soweit nicht das Gesetz oder diese Satzung etwas anderes vorschreibt. Der Mehrheitsbeschluss ist für alle Mitglieder des Vereins bindend. Die Abstimmung über Beschlüsse kann offen durch Handzeichen oder auf Beschluss der Mitgliederversammlung schriftlich folgen. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimme. Bei Wahlen ist derjenige Bewerber gewählt, der die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Erreicht im 1. Wahlgang keiner der Bewerber die Mehrheit, so findet eine Stichwahl unter den zwei Bewerbern mit den meisten Stimmen statt.

6. Über die Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen. Es ist vom Protokollführer und Versammlungsleiter zu unterzeichnen. Die gefassten Beschlüsse sind den Mitgliedern durch Aushang im Vereinsschaukasten zur Kenntnis zu geben.

7. Zur Behandlung wichtiger Fragen kann der Vorstand zu den Mitgliederversammlungen sachkundige Personen oder Gäste einladen. Sie haben kein Stimmrecht.

8. Vertreter des Kreis- oder des Landesverbandes sind berechtigt, an Mitgliederversammlungen teilzunehmen. Ihnen ist auf Verlangen das Wort zu erteilen.

9. Aufgaben der Mitgliederversammlung sind insbesondere:

 a) Beschlussfassung über die Satzung bzw. Satzungsänderung, Kleingartenordnung oder

 Beitragsordnung

 b) Wahl des Vorstandes

 c) Wahl der Kassenprüfer

 d) Beschlussfassung über Veränderungen des Vereins, aller Grundsatzfragen und Anträge

 e) Beschlussfassung über Mitgliedsbeiträge, Umlagen, Gemeinschaftsleistungen u. a.

 f) Beschlussfassung über den Widerspruch gegen den Ausschluss von Mitgliedern

 g) Ernennung von Ehrenmitgliedern

 h) jährliche Entgegennahme und Beschlussfassung über den Geschäftsbericht des Vorstandes

 und des Berichtes der Revisoren und Kassenberichtes sowie Entlassung des Vorstand

 i) Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins

**§ 9 Der Vorstand**

1. Der Vereinsvorstand besteht aus:

* dem Vorsitzenden,
* dem stellvertretenden Vorsitzenden,
* dem Schriftführer,
* dem Kassierer und
* dem Fachberater.

Weiterhin können Beisitzer berufen werden.

2. Der Vorstand wird für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt. Er tritt unmittelbar nach seiner Wahl durch die Mitgliederversammlung zusammen und wählt aus einer Mitte den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, den Schriftführer, den Kassierer und einen Beisitzer.

3. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende. Jeder ist allein vertretungsbefugt. Im Innenverhältnis ist der stellvertretende Vorsitzende dem Verein gegenüber verpflichtet, die Vertretung nur bei Verhinderung des Vorsitzenden auszuüben. Der Vorstand gem. § 26 BGB kann dritte Personen mit der Wahrnehmung von einzelnen Aufgaben gem. § 30 BGB beauftragen.

4. Seine Mitglieder amtieren bis zur Neuwahl von Nachfolgern. Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes vor Auslaufen der Amtszeit hat der Vorstand das Recht, einen Nachfolger bis zur nächsten Mitgliederversammlung zu bestellen.

5. Vorstandsmitglieder können während ihrer Amtszeit durch die Mitgliederversammlung abgewählt werden, wenn sie die ihnen übertragenen Aufgaben entsprechend der Satzung oder aus persönlichen Gründen nicht ausüben können oder schwerwiegend die Interessen des Vereins geschädigt haben. Eine Funktionsverbindung zwischen den Mitgliedern des Vorstandes ist nicht zulässig.

6. Die Mitglieder des Vorstandes werden grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Auf Beschluss der Mitgliederversammlung können den Mitgliedern des Vorstandes oder anderen für den Verein tätigen Mitgliedern pauschalierte Aufwandsentschädigungen gezahlt werden. Die steuer- bzw. abgabenrechtlichen Vorschriften sind dabei einzuhalten. Die Erstattung von Auslagen gegen Beleg bzw. nachgewiesener Fahrtkosten bleibt hiervon unberührt.

7. Der Vorstand tritt nach Bedarf zusammen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und mindestens zwei weitere Mitglieder zur Vorstandssitzung anwesend sind. Beschlüsse des Vorstandes sind in einem Protokollbuch festzuhalten. Der Vorstand ist auch beschlussfähig, wenn nicht alle Ämter besetzt sind.

8. Aufgaben des Vorstandes sind:

* die Anmeldung jeder Änderung des Vorstandes und der Satzung zur Eintragungen in das Vereinsregister,
* die laufende Geschäftsführung des Vereins,
* die Vorbereitung der Mitgliederversammlungen und die Durchführung ihrer Beschlüsse,
* die Verwaltung und Pflege der Gemeinschaftseinrichtungen,
* die Einhaltung und Durchsetzung der Verwaltungsvollmacht des Zwischenpächters für die Kleingartenanlage.

9. Aufgaben des Vorstandes:

 a) laufende Geschäftsführung des Vereins,

 b) die Anmeldung jeder Änderung des Vorstandes und der Satzung zur Eintragung in das

 Vereinsregister,

 c) Vorbereitung und Durchführung der Mitgliederversammlung und Durchsetzung ihrer

 Beschlüsse,

 d) Organisation der Verwaltung und Pflege der Gemeinschaftseinrichtungen,

 e) die Einhaltung und Durchsetzung der Verwaltungsvollmacht des Zwischenpächters für die

 Kleingartenanlage.

10. Zur Unterstützung der Vorstandsarbeit können Kommissionen berufen werden.

**§ 10 Beiträge, Kassen- und Rechnungswesen**

1. Der Verein finanziert seine Tätigkeit und Verbindlichkeiten aus Beiträgen und Umlagen sowie Zuwendungen und Spenden. Die von den Mitgliedern beschlossenen Beiträge, Aufnahmegebühren, Gemeinschaftsleistungen, individueller Verbrauch von Energie und Wasser, angemessene Mahngebühren und Verzugszinsen sind in der Beitragsordnung geregelt und werden entsprechend ihrer terminlichen Festlegungen des Vorstandes fällig.

2. Zur Deckung außergewöhnlichen Finanzbedarfs außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit kann die Mitgliederversammlung die Erhebung von Umlagen beschließen. Umlagen können jährlich mit einem Betrag bis zur Höhe des Mitgliedsbeitrages/ des ………………….fachen des Mitgliedsbeitrages / bis zu einem Betrag in Höhe von ………………………………. pro Mitglied/Garten beschlossen werden. Die Summe stellt eine Obergrenze dar.

3. Buchführung und Jahresabschluss sind nach kaufmännischen Grundkenntnissen durchzuführen. Dabei sind besonders die §§ 259 und 666 BGB sowie 140 AO zu berücksichtigen. Es darf keine Person durch Verwaltungsausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

4. Der Kassierer verwaltet die Kasse und das Konto des Vereins und führt das Kassenbuch des Vereins mit den erforderlichen Belegen. Auszahlungen sind nur Anweisung des Vorsitzenden oder des stellvertretenden Vorsitzenden vorzunehmen.

**§ 11 Die Kassenprüfer**

1. Die Mitgliederversammlung wählt mit dem Vorstand mindestens 2 Kassenprüfer. Wiederwahl ist möglich.

2. Die Kassenprüfer dürfen nicht Mitglied des Vorstandes sein. Die Kassenprüfer unterliegen keiner Weisung oder Beaufsichtigung durch den Vorstand.

3. Nach Abschluss des Geschäftsjahres ist eine Gesamtprüfung der Kasse durch die Kassenprüfer vorzunehmen (Konto, Belegwesen und Einhaltung der Beschlüsse und des Haushaltsplanes). Der Prüfungsbericht ist jährlich der Mitgliederversammlung vorzulegen. Die Prüfungen erstrecken sich auf sachliche und rechnerische Richtigkeit.

**§ 12 Auflösung des Vereins**

Über die Auflösung des Vereins entscheidet die Mitgliederversammlung. Im Falle der Auflösung des Vereins und des Wegfalls der steuerbegünstigten Zwecke ist das Vermögen nach Abgeltung berechtigter Forderungen an den ………………………………………………. zu überweisen. Dieser hat das Vermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke, besonders für die Förderung des Kleingartenwesens im Kreis einzusetzen. Das Protokoll über die Auflösung ist mit dem Schriftgut des Vereins (Kassenbücher usw.) dem Verband zur Aufbewahrung zu übergeben.

**§ 13 Inkrafttreten der Satzung**

Mit Inkrafttreten dieser Satzung sind vorherige Satzungen gegenstandslos.

**§ 14 Satzungsänderung**

1. Änderungen der Satzung bedürfen der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung.

2. Der Vorstand wird ermächtigt, Satzungsänderungen, die vom Registergericht oder dem zuständigen Finanzamt zur Wahrung der Eintragungsfähigkeit bzw. der steuerlichen Gemeinnützigkeit verlangt werden, selbst zu beschließen. Die Mitglieder des Vereins sind auf der nächsten Mitgliederversammlung über die entsprechenden Satzungsänderungen zu informieren.

**§ 15 Sprachliche Gleichstellung**

Die verwendeten Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten sowohl in weiblicher wie in männlicher Form.

Ort, den 00.00.0000